

Inhaltsverzeichnis

Sts. Schmidt:
Balkan – Sicherheitspolitische Entwicklung
G. Arnold: Leitlinien für Auslandseinsätze
Dr. Erös:
Wie man einen Krieg verliert
Dr. Hardewig: Afghanistan – Kommentar
MdB Dr. Uhl:
Deutsche Polizisten in Afghanistan
MTU-Präsenz in USA wächst
MdB zu Guttenberg:
Sanktionen gegen Iran
MdEP Ferber:
Auf dem Balkan schließt sich der Kreis
Dr. H. Maetzsche:
Münchner Sicherheitskonferenz 2007
R.A. Teltschik:
Terrorvorsorge ohne Bundeswehr?
Neues Waffensystem MILAN ADT/ER



Münchner Sicherheitskonferenz 2007 (Foto: H. Maetzsche)

Namensänderung „Politik & Sicherheit“ statt „Wehrpolitik“

Seit einiger Zeit haben wir uns darüber Gedanken gemacht, ob unsere Fachzeitschrift WEHRPOLITIK nicht auch umbenannt werden sollte, nachdem sich in den letzten Jahren fast alle Zeitschriften von dem Begriff „Wehr“ verabschiedet haben. Die älteren Leser kennen noch die „Wehrwissenschaftliche Rundschau“, „Wehr und Wirtschaft“, „Wehrkunde“, „Wehrtechnik“ u.a. Heute lauten die Titel „Sicherheitspolitik“, „Europäische Sicherheit“, „Strategie&Technik“ usw. Unsere 1999 gegründete „Wehrpolitik“, von der wir inzwischen 20 Ausgaben herausgegeben haben, war in den ersten Jahren eine Fachzeitschrift für Sicherheits- und Verteidigungspolitik im engeren Sinne. Im Laufe der Jahre wurden die Themen- und Problemstellungen aber immer breiter. Insoweit hat sich auch unsere Zeitschrift gewandelt. Da sie sich nicht nur mit politischen, sondern auch mit wehrtechnischen und rüstungswirtschaftlichen Themen befasst, haben wir nicht den modernen und so oft verwendeten Titel „Sicherheitspolitik“ gewählt, sondern „Politik & Sicherheit“, Untertitel „Außen- und Sicherheitspolitik, Wehrtechnik und Wirtschaft“.

Dr. Gerd Hardewig
Chefredakteur

Christian Schmidt, MdB,
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

Sicherheitspolitische Entwicklung auf dem Westlichen Balkan

Die sicherheitspolitische Entwicklung auf dem Westlichen Balkan befindet sich im Lichte der Kosovo-Statusentscheidung in einer ebenso entscheidenden wie kritischen Phase. Deutschland kommt bei der Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben eine besondere Verantwortung zu, da zurzeit Schlüsselfunktionen in Bosnien und Herzegowina („Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen und Sondergesandter der Europäischen Union“ sowie „Kommandeur EUFOR“) und im Kosovo („Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs und Leiter United Nations Mission in Kosovo (UNMIK)“ sowie „Kommandeur KFOR“) von Deutschen besetzt sind. Zudem hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU und den G8-Vorsitz inne. Mehrere, parallel ablaufende und ineinander greifende Prozesse sind bestimmend für die weitere sicherheitspolitische Entwicklung auf dem Westlichen Balkan.

Der Kosovo-Statusprozess

Der VN-Sonderbeauftragte (VN-SB) für den zukünftigen Status des Kosovo, der ehemalige finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari, hat Anfang Februar 2007, nach fast einjährigen Verhandlungen, einen ausgewogenen und realistischen Vorschlag zum zukünftigen Status des Kosovo vorgelegt, der breite Zustimmung in NATO und EU findet. Er hat seinen Vorschlag mit der serbischen und kosovarischen Seite in einer finalen Konsultationsrunde eingehend besprochen. Am 10. März 2007 fanden diese Konsultationen ihren Abschluss mit einem Treffen auf Ebene der Präsidenten und Regierungschefs. Aufgrund der diametralen Positionen ist es nicht gelungen, eine Annäherung zwischen Belgrad und Pristina zu erzielen. VN-SB Ahtisaari beabsichtigt, bis voraussichtlich Ende März 2007, dem VN-Generalsekretär seinen Vorschlag zum zukünftigen Status des Kosovo zur Befassung im VN-Sicherheitsrat (VN-SR) vorzulegen.

Eine neue VN-SR Resolution erfordert umfassende Beratungen, die in ihrer zeitlichen Dimension schwer abschätzbar sind, da bereits im Vorfeld u.a. von russischer Seite auf die Notwendigkeit eines konsolidierten Statusentwurfs hingewiesen wurde. Dennoch sollte es mit Blick auf die Stabilität und Sicherheit im Kosovo und der Region unverändert das Ziel der Internationalen Gemeinschaft bleiben, zeitnah zu einer neuen VN-SR Resolution zu kommen. Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung könnten sich durchaus destabilisierend auf die Sicherheitslage in der ganzen Region auswirken.

Eine neue Resolution des VN-SR, die den zukünftigen Status des Kosovo festlegt, ist zur Beendigung der durch VN-SR Resolution 1244 legitimierten Übergangsverwaltung der VN im Kosovo (UNMIK) erforderlich. Die Notwendigkeit zur Fortsetzung des internationalen Engagements im Kosovo ist unstrittig. Eine neue VN-SR Resolution würde die Grundlage für die weitere internationale, zivile und militärische Präsenz im Kosovo bilden und damit den Einstieg in eine Folgephase der Übernahme von mehr Verantwortung durch die EU bei gleichzeitiger Fortsetzung des NATO-geführten, militärischen Engagements bedeuten.

Zukünftiges internationales Engagement im Kosovo

Die EU bereitet sich derzeit auf ein stärkeres Engagement im Kosovo vor. Ein EU-Vorbereitungsteam befindet sich zurzeit in Pristina und bereitet den Übergang in enger Zusammenarbeit mit UNMIK, der kosovarischen Führung und den andern internationalen Organisationen vor Ort vor. Die EU plant, das Kosovo mit einer Rechtsstaatsmission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu unterstützen. Die Einsetzung einer solchen Mission ist in den Statusvorschlägen des VN-SB Ahtisaari vorgesehen. Diese ESVP-Mission wird in den Bereichen Führung, Rekrutierung von Personal und Finanzierung neue An- und Herausforderungen an die EU-Mitgliedsstaaten stellen.

Der Erfolg einer solchen Mission und der internationalen Präsenz insgesamt wird nicht zuletzt von einer engen Abstimmung zwischen EU und NATO sowohl im Kosovo als auch in Brüssel abhängen. Dabei bietet sich die Chance, dass das gemeinsame Engagement von NATO und EU im Kosovo ein Katalysator für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wird.

Als zweite, komplementäre Säule des internationalen Engagements im Kosovo wird die NATO-geführte, internationale Militärpräsenz (KFOR) fungieren. In der kritischen Übergangsphase nach der Entscheidung durch den VN-Sicherheitsrat ist KFOR in hohem Maß gefordert, zum Erhalt von Sicherheit und Stabilität beizutragen. Der NATO-Rat hat entschieden, dass in der kritischen Phase der Statusverhandlungen Einsatzkräfte im bisherigen Umfang vor Ort bleiben. Er entsprach damit auch dem Wunsch Ahtisaari's, die KFOR-Stärke für mindestens sechs Monate nach einer Statuslösung unverändert zu lassen.

Reformprozess in Bosnien und Herzegowina

Bei einem kürzlichen Besuch in Bosnien-Herzegowina konnte ich mich von einigen Fortschritten, aber auch Schwierigkeiten überzeugen. Probleme gibt es bei der Umsetzung der Polizeireform und dem Verfassungsprozess. Es bleibt zu hoffen, dass der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft, Christian Schwarz-Schilling, in der verbleibenden Amtszeit bis Ende Juni mit seiner großen Reputation noch einiges bewegen kann, wie es ihm dankenswerterweise auch bisher gelungen ist.

Die Vollmitgliedschaft in EU und NATO ist unverändert außenpolitisches Ziel von Bosnien und Herzegowina. Mangelnde Fortschritte bei dringend notwendigen Reformvorhaben verzögern einen Abschluss der im Januar 2006 begonnenen Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU. Die EU bindet die Paraphierung eines SAA an vier Voraussetzungen: Umsetzung der Polizeireform, Reform des öffentlichen Rundfunks, Reform der öffentlichen Verwaltung und Fortschritte in der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) in Den Haag.

Ein von ethnischen Interessen geprägter Wahlkampf sowie mehrmonatige Koalitionsgespräche im Vorfeld der Regierungsbildung führten de facto zur Lähmung aller relevanten Reformprozesse. Die bosnisch-herzegowinischen Staatsorgane haben noch die Chance, das Jahr 2007 zur Belebung des Reformprozesses zu nutzen. 2008 werden Wahlen kaum Fortschritte zum Abschluss dieser eigentlich positiven Entwicklungen zulassen.

Im Juni 2006 hatte der Dayton-Friedensimplementierungsrat (PIC) beschlossen, das Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) zum 30. Juni 2007 zu schließen und die Funktion des HR zu beenden. Am 27. Februar 2007 verschob der PIC

jedoch das Transitionsdatum aufgrund der bislang ungenügenden Reformfortschritte und regionaler Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Kosovo-Statusprozess. Im Oktober 2007 und Februar 2008 sollen neue Bestandsaufnahmen durchgeführt werden. Erfreulicherweise hat sich die Sicherheitslage trotz der schleppenden Reformprozesse stabilisiert. Ende Februar 2007 beschloss die EU, ihre Militärpräsenz (EUFOR) vom derzeitigen Umfang (rund 6000 Angehörige) innerhalb von vier Monaten auf eine Stärke von 2500 zu reduzieren. Ein landesweites Netz von Verbindungs- und Beobachtungsteams wird zukünftig das Herzstück der EUFOR-Präsenz darstellen.

Regierungsbildungsprozess in der Republik Serbien

Die Regierungsbildung in Serbien nach den Wahlen im Januar ist noch nicht abgeschlossen. Das neue serbische Parlament hat sich am 14. Februar 2007 konstituiert und eine Resolution zum Kosovo-Statusprozess verabschiedet, in der, wie erwartet, diejenigen Artikel des Ahtisaari-Vorschlags abgelehnt werden, welche die „Souveränität und territoriale Integrität Serbiens verletzen“. Es ist davon auszugehen, dass nach schwierigen Koalitionsverhandlungen am Ende eine EU- und reformorientierte Regierung gebildet werden kann. Die Möglichkeit von Neuwahlen im Falle des Scheiterns der Koalitionsgespräche ist jedoch nicht völlig auszuschließen. Die EU-Außenminister einigten sich bei ihrem Treffen am 12. Februar 2007, Serbien die Wiederaufnahme der SAA-Verhandlungen in Aussicht zu stellen, wenn eine neue Regierung sich „eindeutig zu rückhaltloser IStGHJ-Zusammenarbeit verpflichtet und entsprechende konkrete und wirkungsvolle Schritte unternimmt.“

Ausblick

Die sensible Phase, in der sich der Westliche Balkan zurzeit befindet, muss von der Internationalen Gemeinschaft, gerade der NATO und EU, eng begleitet werden. Mehr Eigenverantwortung in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo sowie ein kooperatives, EU- und reformorientiertes Serbien sind unverändert das Ziel. Der weitere Weg in euro-atlantische Sicherheitsstrukturen ist vorgezeichnet. Die einzelnen Staaten bestimmen selbst, wie lange der Weg dauern wird. NATO und EU haben ihre Türen grundsätzlich geöffnet. Es liegt nun an den Staaten des Westlichen Balkans, durch eigene Anstrengungen den Zutritt zu erlangen. ■

Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr



Gerhard Arnold

Im letzten Jahr war in Politik und Medien das Unbehagen über weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr mit Händen zu greifen. Mussten deutsche Streitkräfte wirklich nach dem

Sommereinsatz 2003 nochmals in den Kongo? War und ist der Friedenssicherungseinsatz vor der Küste des Libanon militärisch sinnvoll mandatiert, politisch erfolgversprechend und deshalb auch für deutsche Politik passabel?

Einige Stichworte zu den seit Jahren wachsenden Bedenken:

- Einsatzentscheidungen ohne klares sicherheitspolitisches Konzept.
- Verzettelung und Überdehnung der eigenen Kräfte.
- Dramatische Unterfinanzierung der Streitkräfte seit über zehn Jahren mit der Folge spürbarer und sicherheitsrelevanter Ausrüstungsmängel bei der Truppe.

Unmittelbar nach den letztjährigen Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag hat Andreas Schockenhoff, stellvertretender Unions-Fraktionsvorsitzender, am 11. September 2006 *Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr* veröffentlicht. Es handelte sich um einen ersten Versuch, durch zehn Prüffragen einen Orientierungsmaßstab für die jeweilige Einzelfallprüfung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr anzubieten. Schockenhoffs Frageliste beginnt mit der völkerrechtlichen Prüfung. Danach: Wie wirkt sich der Konflikt auf die deutschen Interessen aus? Die weiteren Fragen befassen sich u.a. mit den Erfolgchancen eines angedachten deutschen Einsatzes, mit den Risiken, Ressourcen, dem Zeitrahmen und der Exit-Strategie.

Dem sehr kurzen Schockenhoff-Papier fehlt allerdings die Grundlage, ein Konzept, das gedrängt sagt, wozu wir Deutsche überhaupt die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen wollen.

Die Leitlinien der CSU-Landesgruppe

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat im Januar dieses Jahres diese Grundlegung nachgeliefert und

Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr verabschiedet, wobei sie an das Schockenhoff-Papier anknüpfen. Die Autoren wollen den neuen Risiken und Gefährdungen in einer globalisierten Welt in erster Linie an ihrem Ursprungsort begegnen und ihr „außen-, sicherheits-, entwicklungs- und umweltpolitisches Engagement zu einer Strategie aus einem Guss vernetzen“. Die Leitlinien wollen ein konzeptionelles Handeln, nicht nur aktuelles Reagieren auf Konflikte ermöglichen. Der sinkenden Bereitschaft der deutschen Gesellschaft, längere und gefährliche Auslandseinsätze der Bundeswehr mitzutragen, sollen die Leitlinien entgegenwirken, indem sie „Berechenbarkeit und Verlässlichkeit unserer Entscheidungsfindung“ herausstellen.

Die insgesamt zehn Leitsätze beginnen mit der schon bisher selbstverständlichen Selbstverpflichtung auf die „Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, der Satzung der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht“ und mit dem Ziel der Friedensbewahrung bzw. Friedenswiederherstellung. Den sicherheitspolitischen Interessen und Werten Deutschlands wird ein erhebliches Gewicht beigemessen, konkretisiert als vorrangiges Interesse an einer Konfliktverhütung und -beilegung „in Europa und in unmittelbarer europäischer Nachbarschaft“. Weiter fordern die *Leitlinien* eine überschaubare Anzahl der Auslandseinsätze, aber unter Beachtung der Bündnistreue, ein „eindeutig definiertes, erreichbares Ziel“ und die Einbettung in ein politisches Gesamtkonzept. Weitere Gesichtspunkte: Die Berechenbarkeit der Risiken, eine klare Exit-Strategie und die fortlaufende Überprüfung des Einsatzes durch den Bundestag. In der Sache unverzichtbar reagiert die 9. Leitlinie auf die deutsche Beteiligung an den multinationalen Verbänden der EU (Battle Groups) und der NATO (Response Force). Um dem Bundestag sein volles Zustimmungrecht zu sehr kurzfristigen Einsätzen dieser Verbände zu belassen, solle er erstmalig schon beteiligt werden, wenn die Einsatzmöglichkeiten festgelegt werden. Diese Frage birgt erheblichen juristischen Zündstoff und bedarf weiterer intensiver Diskussion in Politik und Medien.

Wissenschaftliche Beiträge und Anfragen

Es hat nicht lange gedauert bis sich Politologen und militärische Fachkräfte in die begonnene Diskussion eingeschaltet haben. Schon am 5. Dezember letzten Jahres hat Ulrich Weisser, früherer Leiter des Planungsstabes im BMVg, in der FAZ seine Meinung gesagt: *Weder Aktionismus noch Verweigerung*. Deutschland müsse im konkreten Fall abwägen zwischen Bündnissolidarität bei Wahrung eigener Interessen einerseits und Verzettelung in jahrelanger Krisennachsorge andererseits, wobei anderen das Kämpfen überlassen wird. „Bisher ist es den politisch Verantwortlichen kaum gelungen, die Sinnfälligkeit weltweiter Operationen zu verdeutlichen.“ Die Entscheidung im Einzelfall solle aber nicht so sehr anhand eines verbindlichen Kriterienkatalogs getroffen werden, sondern nach Maßgabe „politischer Grundsätze“.

Zwei weitere FAZ-Beiträge, der von Lothar Rühl und Volker Perthes, liegen auf Weissers Linie, wenn sie eine festgelegte Kriterienliste ablehnen, die im Anforderungsfall einfach abzuhaken sei, ohne sich politisch-strategisch zu positionieren. In seinem FAZ-Beitrag *Unvorhersehbares vorhersehen* (3. Januar 2007) weist Lothar Rühl auf die Dynamik von Krisen hin, die eine Exit-Strategie vorab nicht zuließen, aber auch auf die Bündnisverpflichtungen, denen sich Deutschland z.B. im Falle Afghanistan nicht entziehen könne. „Was immer Regierungen und Parlamente vor dem Einsatz beschließen – es steht unter dem Gesetz der Krise und deren Eskalationspotenzial.“

Volker Perthes, jetzt Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, versucht Weisser und Rühl in der Sache zu verbinden. In seinem Artikel *Was zu prüfen ist* (FAZ vom 14. Februar 2007) fordert er „eine strategische Debatte“ vor Bundeswehr-Einsätzen, nennt aber dennoch vier Kriteriengruppen. Dazu gehört, wie schon in den Unionsvorschlägen, das völkerrechtliche Mandat, die Erfolgsaussichten und Risiken, dann die Dynamik einer Krise und zuletzt die Interessen und Ziele Deutschlands.

Die Diskussion wird und muss weitergehen, auch deshalb, weil das Verteidigungs-Weißbuch der Bundesregierung vom Oktober 2006 keine nationale Sicherheitsstrategie enthält. ■

Wie man einen Krieg verliert



Dr. Reinhard Erös

Wer Tornados nach Afghanistan schickt, hilft den Taliban. Mit Lehrern und Ärzten hingegen wären sie zu bekämpfen.

In wenigen Wochen sollen deutsche Aufklärungstornados am Hindukusch helfen, endlich einen Krieg zu gewinnen. Es ist ein Krieg, der eigentlich gar keiner werden sollte: Die internationale Schutztruppe Isaf war vor fünf Jahren mit 20 000 Soldaten aus 30 Ländern eigentlich angetreten, um den zügigen Aufbau eines physisch und moralisch zerstörten Landes zu garantieren. Währenddessen sollten die angeblich kläglichen Reste von Taliban und al-Qaida von den hochgerüsteten US-Truppen in wenigen Monaten weggefegt sein.

Das Resümee sieht leider anders aus: Die Produktion von Opium hat sich seit 2001 verzehnfacht. Im vergangenen Jahr belief sie sich auf 6100 Tonnen. Der Großteil des Ertrags fließt den Taliban zu. Die Korruption – unter dem Taliban-Regime verpönt – ist mittlerweile Weltspitze. Die Zahl der Anschläge auf militärische Ziele ist von 2005 auf 2006 dramatisch gestiegen: von 1632 auf 5338. Insgesamt 4000 Tote waren zu beklagen, zehnmal so viele wie drei Jahre zuvor. Wie schon in den neunziger Jahren sind die Taliban auf bestem Weg, sich als kleineres Übel darzustellen. Dies alles ist ein Horror. Aber kann der beendet werden, indem nun deutsche Tornados mit Aufklärungsflügen der Streitmacht den Weg weisen?

Tornados sind gegen Truppenkonzentrationen der Aufständischen wirksam. Sie mögen kurzfristig auch etwas mehr Sicherheit für die Truppen bringen, die zunehmend damit beschäftigt sind, sich in ihren Stützpunkten selbst zu verteidigen. Aber an der drohenden Irakisierung des Landes, an Straßenbomben und Selbstmordanschlägen, werden sie nichts ändern. Im Gegenteil, mehrere Kommandeure der Taliban drohen mit einer totalen Irakisierung – nicht trotz, son-

dern wegen der Tornados. Sie werden sich auf funkgesteuerte Kleinstbomben am Straßenrand sowie auf Selbstmordattentäter verlegen; denn dagegen sind Tornados hilflos. Ohnehin hat sich die Anzahl der Selbstmordattentate seit dem Jahr 2004 verzehnfacht.

Der Einsatz in Afghanistan läuft grundsätzlich schief. Seit 2002 wurden dort 85 Milliarden Dollar für Militäroperationen, aber nur 7,5 Milliarden Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Und dabei hat man sich auch noch auf die Hauptstadt Kabul konzentriert, die Paschtunen-Gebiete aber vernachlässigt. Ausländische Spezialisten verdienen in Kabul oft 20 000 Dollar im Monat, afghanische Lehrer oder Ärzte in den Dörfern hingegen weniger als 100 Dollar. Mit der Folge, dass viele von ihnen sich deshalb lieber als Bürokrate oder Kraftfahrer für die Isaf-Truppe oder Entwicklungshelfer in Kabul verdienen. So aber fehlen sie zum Aufbau auf dem Land. Ein Isaf-Unteroffizier verdient das 30-fache eines afghanischen Offiziers, der, schlecht ausgebildet und mangelhaft geschützt, auf der Ladefläche eines Pick-Ups, Staub fressend und der Hitze ausgesetzt, einen gepanzerten US-Konvoi schützen soll.

Es sterben zehnmal mehr afghanische als ausländische Soldaten. Die anfängliche Hochachtung, die afghanische Soldaten den US-Truppen entgegenbrachten, ist verschwunden. Die 2002 noch als Befreier gefeierten US-Truppen gelten zunehmend als Besatzer; sie werden verachtet, weil sie ihren Krieg nicht Mann gegen Mann führen, sondern mit

High-Tech aus der Luft zuschlagen. Und ihnen wird misstraut, weil sie den Afghanen nicht vertrauen und sie wie Knechte behandeln.

Erfolg oder Misserfolg in Afghanistan wird in den Bergen und Dörfern des Ostens und Südens entschieden, und nicht in Kabul. Die Regierung Karsai hat im westlichen Ausland eine wesentlich höhere Reputation als bei den Paschtunen-Bauern. Sie gilt als schwach, korrupt, und weit entrückt von den Alltagsorgen. Ein Zerfall des Landes ist nur mit einer radikalen Umkehr der bisherigen Politik zu verhindern. Überlegenheitsgehebe und westlicher Lebensstil sind kontraproduktiv. Man muss mit den Paschtunen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Nötig sind der Aufbau, die gute Ausbildung und Ausrüstung einer selbstbewussten afghanischen Armee, sowie von Polizei und Gerichtsbarkeit. Die dort Beschäftigten müssen gut bezahlt werden und eine Berufsperspektive erhalten, um Korruption und Kollaboration mit Taliban, Warlords und Drogen-Mafia zu verhindern. Drastische Strafen insbesondere gegen Angehörige hoher Dienstgrade sind unabdingbar.

Tom Koenigs, der UN-Sonderbeauftragte, sagt: „Wir brauchen noch mehr Geld und noch mehr ausländische Soldaten, um mit mehr Sicherheit den Aufbau zu ermöglichen.“ Nichts könnte falscher sein. Wer in Afghanistan Sicherheit herstellen will, der muss sich um den zivilen Aufbau des Landes kümmern. Ausländisches Militär ist vorwiegend zur Ausbildung einheimischer Soldaten und Zivilpersonen zu nutzen. Hierzu sind



Dr. Erös in der Tora-Bora-Höhlenklinik

* Dr. Reinhard Erös, Oberstarzt a.D., ist Gründer der „Kinderhilfe Afghanistan“. Er betreibt mehr als zwei Dutzend Mädchenschulen, Waisenhäuser und Gesundheitsstationen im Osten des Landes. Foto: oh

europäische Soldaten geeigneter und akzeptierter als die US-Truppen. Ein begrenzter Anbau von Schlafmohn ist zu gestatten und zu kontrollieren. Das Rohopium kann zur Herstellung von Morphinen genutzt werden. In den Hauptanbau-Gebieten könnte man dazu eine pharmazeutische Klein-Industrie aufbauen. So würde legale Arbeit geschaffen. Den Bauern wäre der Weltmarktpreis für Rohopium zu bezahlen. Dieser liegt dreimal höher als die Erlöse, die sie von der Drogen-Mafia erhalten.

Darüber hinaus müssten Alternativen zu den radikalen Koranschulen in Pakistan geschaffen werden. Dort wird Tau-

senden Paschtunen-Buben das geistige Rüstzeug vermittelt, damit sie anschließend als Taliban-Kämpfer im Nachbarland die „gottlosen Ausländer“ vertreiben. Auf die Regierung in Pakistan müsste Druck ausgeübt werden, neben jeder Koranschule eine staatliche Schule zu errichten, an denen Kinder – wie an den Koranschulen – kostenlos modernen Unterricht und Essen erhalten. In den Grenzgebieten West-Pakistans, dem Armenhaus des Landes, fehlen Tausende solche normalen Schulen.

Wenn Pakistan nur zehn Prozent seiner horrenden Militärausgaben in Bildung investieren würde, wäre dies in wenigen

Jahren zu schaffen. Ebenso müssten den Kindern auf der anderen Seite der Grenze, in Ost- und Süd-Afghanistan, eine Perspektive geboten werden. Der Aufbau guter Schulen, an denen sowohl moderner Lehrstoff wie auch afghanische Kultur vermittelt wird, muss forciert werden. Die paschtunischen Taliban sind nur zu besiegen, wenn wir das Vertrauen der paschtunischen Bevölkerung in Afghanistan und Pakistan gewinnen. Vor 18 Jahren zog zuletzt eine Armee (die sowjetische) geschlagen aus dem Land ab. Aber nicht mangels Truppenstärke – und schon gar nicht mangels Luftaufklärung! ■

Nachdruck aus SZ vom 2. März 2007

Dr. Gerd Hardewig, Chefredakteur

Afghanistan und Dr. Erös, ein Kommentar



Dr. Gerd Hardewig

Die deutsche Regierung und der Bundestag haben vor kurzem beschlossen, sechs Tornado-Flugzeuge zu Aufklärungs- und Überwachungszwecken in das Kriegsgebiet Afghanistan

zu senden. Hinzu kommen ca. 500 Soldaten als Begleitpersonal. Das bisherige Mandat für den Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen der von der NATO geführten ISAF-Schutztruppe (zur Zeit über 46 000 Mann insgesamt) war auf den Norden Afghanistans und eine Stärke von 3000 Mann begrenzt. Diese Obergrenze wurde nun aufgestockt. Auch sollen die Tornado-Aufklärungsmaschinen nicht nur im Norden des Landes, sondern je nach Bedarf in ganz Afghanistan – also auch im stark umkämpften Süden des Landes – zum Einsatz kommen. Damit hat sich das Argument der Bündnissolidarität durchgesetzt. „Diese Solidarität sind wir dem Bündnis schuldig“, sagte Außenminister Steinmeier. Ein Nein des Bundestags hätte nach überwiegender Meinung die Grundfeste des NATO-Bündnisses erschüttert.*

Gegen dieses Argument hatte sich der Oberarzt a.D. Dr. med. Reinhard Erös vehement zur Wehr gesetzt. Mit seiner Pressemitteilung v. 8. Februar 2007 und in zahlreichen Interviews hatte er eine

publizistische Lawine im Rundfunk, Fernsehen und in den Medien ausgelöst. Wohl am deutlichsten wurden seine Argumente in der Süddeutschen Zeitung vom 2. März 2007 unter dem Titel „Wie man einen Krieg verliert“ abgedruckt (vgl. obigen Artikel). In der „Mittelbayerischen Zeitung“ prognostizierte Dr. Erös am 8. März, dass die USA bald auch deutsche Kampftruppen anfordern werden.

Dr. Erös ist seit 20 Jahren immer wieder in Afghanistan gewesen und hat dort sowohl als Arzt als auch als Aufbauhelfer gearbeitet. In den Jahren 1988 bis 1990 hat er in dieser Region sogar mit seiner Familie gewohnt und als Arzt Tausende Verwundete während der sowjetischen Besatzung medizinisch versorgt. Zusammen mit seiner Frau hat er inzwischen mehr als zwei Dutzend Schulen (vor allem für Mädchen) und Krankenstationen gebaut oder gegründet und ist Leiter der Stiftung „Kinderhilfe Afghanistan“ (www.kinderhilfe-afghanistan.de). Für sein Engagement hat er das Bundesverdienstkreuz und im vorigen Jahr den „Marion-Dönhoff-Förderpreis“ erhalten. Sein Buch „Tee mit dem Teufel“ ist 2006 bereits in der 8. Auflage erschienen und ein Bestseller.

Auch während der Schreckensherrschaft der Taliban in den Jahren 1994 bis 2001 besuchte Dr. Erös das geschundene Land und musste feststellen, dass die Taliban, die ursprünglich sog. Religionschüler waren und sich zu einer religiös-radikalen islamistischen Bewegung entwickelten, ausschließlich Koranschulen gründeten, um die ihnen anvertrauten

Kinder zu „Glaubenskriegern“ zu erziehen. Dabei war der Schulbesuch für Mädchen sogar gänzlich verboten. Diese Beobachtungen veranlassten Dr. Erös zu seinem Engagement für den Bau gerade von Mädchenschulen.

Seine strikt ablehnende Haltung eines Einsatzes von deutschen Tornado-Aufklärungsflyern wird aus seinen Erfahrungen während der sowjetischen Besatzung verständlich. Er war viele Male Zeuge, dass kurze Zeit nach dem Erscheinen von Aufklärungsflyern sowjetische Bomber nachts zunächst Magnesiumfackeln abwarfen, um die Ziele zu erleuchten und dann ihre Bombenlast direkt über den Dörfern abzuwerfen. Vom Zeitpunkt des ersten Erscheinens der Flugzeuge bis zum Einschlag der Bomben vergingen oft nicht viel mehr als fünfzehn Minuten. Das Ergebnis waren zerstörte Häuser und getötete oder verwundete Menschen und fast immer Zivilisten, vor allem aber wuchs der Hass der Bevölkerung auf die Piloten und die sowjetische Besatzung. Herr Erös befürchtet, dass mit der Entsendung der deutschen Flugzeuge nun auch die deutsche Bundeswehr, die bisher viel Anerkennung von der Bevölkerung für ihre Aufbauarbeit erhalten hat, in die Hassspirale hineingezogen wird.

Aber immerhin hat Verteidigungsminister Jung erkannt: „Als die Russen in Afghanistan waren, hatten sie mehr als 100 000 Soldaten dort und haben nicht gewonnen“. Es dürfe nicht darum gehen, „über immer mehr militärische Mittel zu sprechen, wir müssen über Wiederaufbau sprechen“, forderte Jung. ■

* vgl. auch G. Arnold: „Bündnissolidarität als politisches Problem“ in WEHRPOLITIK Nr. 20 vom Dezember 2006.

Deutsche Polizisten im Afghanistaneinsatz



Dr. Hans-Peter Uhl

Fünf Jahre ist es her, dass Deutschland am 15. März 2002 die Verantwortung für den Polizeiaufbau in Afghanistan übernommen hat. Es ist ein erfolgreicher Einsatz.

Die von der EU angestrebte ESVP-Mission will sich daher am deutschen Konzept orientieren.

Freiwillige der Länder- sowie der Bundespolizei bilden den gehobenen und den mittleren Dienst in drei bzw. einem Jahr aus, sanieren mit Hilfe des THW eine erhebliche Anzahl von Polizeigebäuden oder bauen neue. Zudem wird Absolventen durch verschiedene Maßnahmen geholfen, Gelerntes in die Praxis zu übertragen.

Bis heute hat Deutschland 17 600 Polizisten in Afghanistan aus- und fortgebildet, ein Notrufsystem eingerichtet, Transportmittel und Sanierungsarbeiten vorgenommen. Dazu sind ca. 70 Mio. € nötig gewesen. Bislang waren dafür ins-

gesamt 250 deutsche Polizisten im Einsatz, von denen derzeit noch ca. 40 in Kabul und in verschiedenen Provinzen arbeiten. Kernstück sind Lehrgänge in der Kriminaltechnik, Rauschgiftkunde, Unfallaufnahme sowie das Training der Bereitschaftspolizei. Ferner beraten sie Sicherheitsbehörden bezüglich der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und der Achtung der Menschenrechte. Die Fortführung des Projekts ist bis Ende 2007 vorgesehen, einem langfristigen Engagement auf EU-Ebene steht aber nichts im Weg. Problematisch ist allerdings die hohe Analphabetenrate unter den afghanischen Polizisten im einfachen Dienst, die von den USA in einem vier- bis achtwöchigen Lehrgang ausgebildet werden. Wo die USA zu kurz ausbilden, bilden wir zu lange aus. Statistisch gesehen bräuchten wir 80 Jahre, um die angestrebten 62 000 Polizisten aller Dienste bis 2010 aus- und fortzubilden.

Aber nicht nur die Dauer und Art der Ausbildung stellt uns in Afghanistan vor Probleme. Das Fehlen eines funktions-

fähigen Justiz- und Strafvollzugssystems erschwert die Polizeiarbeit und trägt nicht zu ihrer Legitimation in den Augen der Bevölkerung bei. Auch die Besetzung hoher Polizeiposten durch Präsident Karzai ist zweifelhaft, da bei einigen Kandidaten Verstöße gegen die Menschenrechte bekannt geworden sind. Somit gehören Korruption und Machtmissbrauch leider oft zur Realität.

Deswegen müssen wir unsere Strategie überdenken, um in absehbarer Zeit der Bevölkerung Afghanistans wieder das Gefühl von Sicherheit vermitteln zu können. Ein hoffentlich gutes Instrument dazu wird die ESVP-Mission der EU sein, welche am 15. Juni 2007 beginnen soll. 160 europäische Polizisten und Personal (40–80 Personen) sollen den Polizeiaufbau übernehmen. Die Internationalität könnte dazu beitragen, ausgehend von verschiedenen Ansatzpunkten die Schwachstellen des bisherigen Konzeptes zu beseitigen.

Das Ziel muss eine ethnisch ausgewogene, professionell und funktional arbeitende afghanische Polizei sein. ■

MTU Aero Engines erhöht Anteil am F414-Antrieb und beteiligt sich am F404

Weitere Stärkung der MTU-Präsenz im US-Militärmarkt

Die MTU Aero Engines hat ihren Anteil am militärischen Jet-Antrieb F414 von General Electric (GE) aufgestockt und sich eine Beteiligung am Vorgängermodell F404 gesichert. Deutschlands führender Triebwerkshersteller hält als Risk- und Revenue-Sharing-Teilnehmer beim F414 jetzt 3,5 Prozent – vorher 2,5 Prozent – und zusätzlich rund 1,5 Prozent am F404. Damit ist die MTU mit rund 5 Prozent an einer der erfolgreichsten militärischen Antriebsfamilien der Welt beteiligt. Über die gesamte Laufzeit der Programme bedeutet das einen Umsatz von mehr als 800 Millionen Euro (rund 1 Milliarde US-Dollar).

„Mit der Aufstockung dieser Programmpartnerschaft festigen wir unsere Position im militärischen Markt der Vereinigten Staaten. Damit erreichen wir einen neuen, wichtigen Meilenstein für die MTU“, erklärte MTU-Chef Udo Stark. „Dieser Markt ist der größte der Welt. Es ist für uns von großer Bedeutung, dort angemessen vertreten zu sein.“

GE arbeitet militärisch und zivil seit vielen Jahren erfolgreich mit der MTU zusammen. Im Rahmen seiner Aktivitäten für das F414 und F404 im internationalen Markt und für weitere Anwendungsmöglichkeiten profitiert das Unternehmen von seinen Beziehungen zur MTU.

Derzeit liefern die Deutschen die F414-Hochdruckverdichtertrommel sowie zwei Deckbänder für Hoch- und Niederdruckturbinen; hinzukommen jetzt eine Hitzeschutzplatte in der Hochdruckturbinen- und ein rotierendes Dichtsystem. Die Auslieferung der neuen Teile soll 2008 beginnen. Zum F404 steuert die MTU die Verdichtertrommel bei.

Das F414 treibt das zweistrahlige Kampfflugzeug F/A-18 Super Hornet der U.S. Navy an, das seit dem Jahr 2000 in Dienst ist. Die Navy hat insgesamt 559 Flugzeuge der Typen F/A-18E/F und EA-18G bestellt und bereits 265 Maschinen erhalten. Als neue F414-Einsatzmöglichkeiten sind Nachfolgeversionen von Flugzeugen denkbar, die jetzt von

Triebwerken der F404-Familie angetrieben werden, sowie neue Kampf- und Trainingsflugzeuge. Das F404 gehört zu einem der erfolgreichsten militärischen Luftfahrtantriebe; mehr als 3800 Triebwerke treiben weltweit verschiedene Flugzeugtypen an – unter ihnen die F/A-18A/B/C/D, die Saab Gripen, die KAI T-50 und Indiens Tejas LCA-Kampfflugzeuge.

Die MTU Aero Engines ist Deutschlands führender Triebwerkshersteller und einer der großen weltweit. Sie arbeitet eng mit den Branchengrößen zusammen. Im zivilen Bereich ist sie weltweit der führende unabhängige Anbieter von Instandhaltungsdienstleistungen. Im militärischen Bereich ist das Unternehmen der Systempartner für fast alle Flugtriebwerke der Bundeswehr. Technologisch nimmt die MTU weltweit einen Spitzenplatz ein. Paradedisziplinen sind die Niederdruckturbinen- und Hochdruckverdichter-Technologien, Triebwerksregelungen sowie Herstellungs- und Reparaturverfahren. ■

Sanktionen im Atomstreit mit Iran



Karl-Theodor von und zu Guttenberg

Im Atomstreit mit Iran steht der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor der Entscheidung, verschärfte Sanktionen gegen die islamische Republik zu verhängen. Mit der Ausweitung der Sanktionen reagiert die Staaten-

gemeinschaft auf das Auslaufen der 60-Tage-Frist, welche die Vereinten Nationen Iran zur Aussetzung seiner Urananreicherung gesetzt hatten. Der von den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und Deutschland ausgearbeitete Resolutionsentwurf beinhaltet eine Verschärfung der wirtschafts- und finanzpolitischen Sanktionen sowie einen Exportstopp für iranische Waffen.

Mit dem neuen Resolutionsentwurf wird eine weitere Konsequenz aus der jahrelangen, von fehlender Transparenz und dem Unwillen zur Kooperation geprägten Verzögerungstaktik Teherans gezogen. Seit den 80er Jahren hat der Iran seine Nuklearaktivitäten verheimlicht und bis ins Jahr 2002 erfolgreich den Bau und Betrieb mehrerer Nuklear-einrichtungen verschleiert.

Mit der Aufdeckung der Pläne für die unterirdische Urananreicherungsanlage in Natanz und des Schwerwasserreaktors in Arak sowie den Äußerungen Teherans, seine Energieversorgung durch den Bau zahlreicher Kernkraftwerke sichern zu wollen, geriet das Atomprogramm Irans 2002 erstmals in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit. Die Praxis der Defektion seitens Irans zeigte sich fortan an der mangelnden Zusammenarbeit mit der IAEA und ihren Inspektoren. So wurden Inspektionsreisen verzögert oder eingeschränkt, des Weiteren verstieß Iran gegen die Verpflichtungen aus dem Sicherheitsabkommen von 1974, indem er Import, Verbrauch und Weiterverarbeitung von Nuklearmaterial nicht deklarierte. Während diverser Inspektionen durch die IAEA wurde Iran wiederholt durch den Nachweis von Spuren hoch angereicherter Urans auffällig, welches nicht dem der IAEA bekannten Bestand an spaltbarem Material entsprach.

Zeichen des Kooperationswillens seitens Irans, wie die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum Sicherungsabkom-

men mit der IAEA im Jahr 2004, erwiesen sich regelmäßig als Täuschungsmanöver. Mit dem Fund zahlreicher zurückgehaltener Dokumente ließ sich zweifelsfrei nachweisen, dass Iran mit seinen Bemühungen zur Urananreicherung fortgefahren war. Diese Erkenntnisse führten schließlich im November 2005 zu der Feststellung durch den Gouverneursrat der IAEA, dass die zahlreichen Übertretungen und Verschleierungsversuche des Irans einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellten und weiter zu der Überweisung der iranischen Atomproblematik an den UN-Sicherheitsrat im Februar 2006.

Die Historie des Atomkonflikts zeigt, dass Iran ohne Druck seitens der internationalen Gemeinschaft nicht dazu bereit ist, substanzielle Konzessionen in der Nuklearfrage zu machen. Die Staatengemeinschaft darf sich nicht weiter durch vermeintliche Zugeständnisse täuschen lassen und muss einer weiteren Verzögerungstaktik durch Iran vorbeugen. Die im Dezember 2006 beschlossenen Sanktionen und deren Verschärfung in einer folgenden Resolution sind daher ein Schritt in die richtige Richtung. Dies gilt umso mehr, nachdem die jüngsten Äußerungen Ahmadinedschads nicht dazu beigetragen haben, Zweifel an einer rein friedlichen Ausrichtung des iranischen Nuklearprogramms und an der grundsätzlichen Kooperationsbereitschaft Teherans zu zerstreuen.

Auch wenn die jüngsten Äußerungen des iranischen Präsidenten den Iran als unbeeindruckt von den Sanktionen erscheinen lassen sollen, ist doch unverkennbar eine neue Nervosität im Land zu verspüren. Die Sanktionen zeigen gewisse Wirkung und verstärken den ohnehin anwachsenden innenpolitischen Druck auf die Regierung in Teheran. So hat die verfahrenere Situation im Atomstreit und die sich sowohl durch die unseriöse Wirtschaftspolitik Ahmadinedschads als auch durch die ausgedehnten Sanktionen weiter verschlechternde Lage der iranischen Wirtschaft nun sogar Religionsführer Khamenei zu kritischen Worten veranlasst. Zahlreiche, auch durchaus konservative Abgeordnete haben die außenpolitische Vorgehensweise als un-diplomatisch und zu wenig flexibel bezeichnet. Mit wachsendem Unbehagen sieht man die zunehmende Belastung der

Verhältnisse zu Deutschland, Frankreich, Russland, China und Saudi-Arabien, welche die wichtigsten Handelspartner für Iran darstellen. Auch eine erhebliche Zahl in der Bevölkerung scheint nicht bereit, den Preis der internationalen Isolation und einer weiteren Verschlechterung der ohnehin desolaten Wirtschaftslage für die Durchsetzung des Atomprojekts zu bezahlen. Die Distanz der Iraner zur Politik ihrer Regierung manifestierte sich in der herben Niederlage der Regierungspartei bei den Kommunal- und Expertenratswahlen Mitte Dezember, welche auch pragmatischeren Kräften im Iran Auftrieb geben dürfte.

Die Reaktionen im Iran zeigen auch, dass der Schwerpunkt auf Wirtschafts-sanktionen innerhalb der Resolutionen richtig gewählt ist. Um das ambitionierte Wirtschaftsprogramm des Landes umzusetzen, ist Teheran auf internationale Kooperation und Technologietransfer angewiesen. Eine Isolation Irans untergräbt nicht nur den Rückhalt der politischen Führung, sondern wirkt sich auch fatal auf die Wirtschaft aus. Ausländische Investoren und Banken reagieren zunehmend sehr zurückhaltend, die lebensnotwendigen Lieferungen von insbesondere technisch hochwertiger Technologie aus der EU, China, Japan und Russland bleiben aus oder sind nur noch eingeschränkt disponibel. Wirtschaftssanktionen können daher ein adäquates Mittel darstellen, um den Iran zu der Einstellung seiner Urananreicherung zu bewegen.

Als grundlegend wichtig erscheint auch, dass die Reihen der internationalen Gemeinschaft bei den weiteren Verhandlungen geschlossen bleiben. Das Beispiel Nordkorea lehrt, dass ein geschlossenes Auftreten ohne die Verfolgung von Partikularinteressen durch einzelne Verhandlungspartner eine entscheidende Komponente in einem Verhandlungsprozess darstellt.

Trotz der Verschärfung der Sanktionen muss die Tür für weitere Verhandlungen offen bleiben. Der Iran muss stets auf Augenhöhe angesprochen werden, was auch eine Rücksichtnahme auf die kulturellen Gegebenheiten voraussetzt. Man muss unter allen Umständen verhindern, dass Teheran das Gefühl vermittelt wird, sie könnten bei den Verhandlungen Gefahr laufen, das Gesicht zu verlieren. ■

Münchener Sicherheitskonferenz 2007



Dr. Heinrich Maetzke

Auf der Sicherheitskonferenz griff Präsident Wladimir Putin die USA und Nato scharf an.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warb um internationale Zusammenarbeit.

Teherans Nuklear-Verhandler Laridschani zweifelte am Holocaust.

Was um alles in der Welt hat Präsident Wladimir Putin dazu bewogen, bei schönstem Münchner Zarenwetter derart brutal vom Leder zu ziehen? Niemand hatte eine Antwort auf die Frage, nicht im Konferenzsaal und nicht bei den Zweiergesprächen auf den Gängen im Tagungshotel. Noch beim traditionellen Essen bei Kerzenlicht im festlich geschmückten Kaisersaal der Münchner Residenz war die allgemeine Ratlosigkeit mit Händen zu greifen. In seiner „polemischen Rede“, so Putin selbst, warf er der USA und der Nato vor, der Welt ein „monopolares Modell“ aufzwingen zu wollen, und „bei jeder Gelegenheit zu bombardieren und zu schießen.“ Niemand könne sich mehr sicher fühlen. Nicht die Nato dürfe Gewaltanwendung sanktionieren, sondern nur die Uno. Putin redete sich richtig in Rage. 1990 hätte das Bündnis versprochen, dass es nicht an die Sowjetunion heranrücken würde – „Wo ist diese Garantie jetzt?“ Zu guter Letzt unterstellte er Washington, neue Offensiv-Waffen zu bauen und sich durch ein Raketenabwehr-System in Osteuropa unverwundbar machen zu wollen.

Wie könne sich Russland bedroht fühlen, „wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit näher an seine Grenzen rücken?“ entgegnete völlig konsterniert Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. Bis zum 60. Jahrestag der Gründung des Bündnisses im Jahr 2009 soll die Nato auf „26-Plus“ Mitglieder weiter wachsen. Die Ukraine, Georgien und Länder des westlichen Balkan drängeln sich auf die Kandidatenliste und wollen sich traditionellem russischem Einfluss entziehen. Die Erweiterung der Nato bedrohe darum Moskaus Großmacht-Status, erklärte ein Beobachter Putins Ausbruch.

Der russische Präsident, so ein anderer Teilnehmer, habe mit seiner an den sowjetischen Generalsekretär Nikita

Chruschtschow erinnernden Wut-Rede das gleiche Ziel verfolgt wie seine sowjetischen Vorgänger: den Westen und die Nato zu spalten und die Europäer von den Amerikanern zu trennen. Kann ihm gelingen, was zuletzt Leonid Breschnew nicht gelang? Eine beunruhigende Aussicht. Globaler Terrorismus, islamische Jihadisten, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, versagende und zerfallende Staaten und andere Bedrohungen mehr machen die Welt heute zu einem gefährlicheren Ort, als sie es vor dreißig Jahren war, so die einhellige Sicht vieler Beiträge. Wenn sie recht haben, war die Nato nie wichtiger als heute, vor allem für die Deutschen und Europäer, die vielen Krisenzonen so nah sind.

Wenn Putin mit seiner frontalen Attacke auf das westliche Bündnis weiterer Ausdehnung der Nato auf diese Weise einen Riegel verschieben wollte, dann ist der Schuss nach hinten losgegangen. Viktor Juschtschenko, der sanft sprechende ukrainische Präsident, gewann alle Herzen im Saal. Tschechiens Außenminister Klaus Schwarzenberg erntete tags darauf Gelächter mit seinem ironischen Dank an Putin, „dass er so klar und überzeugend dargelegt hat, warum die Nato erweitert werden muss.“ Zu den alten Garantien für die Sowjetunion: „Da hat wohl irgendjemand übersehen, dass es die Sowjetunion nicht mehr gibt.“ Die Raketenabwehr-Pläne gingen nur die USA, Polen und Tschechien etwas an, so Schwarzenberg. „Zurufe von dritter Seite werden uns nur darin bestärken, erst recht weiter zu machen.“ Über den Versuch, „nach einer russischen Einflusszone nun eine russische Einspruchszone zu errichten, können wir nur leise lächeln“.

Auf das Journalisten-Wort vom Ausbruch eines zweiten Kalten Krieg ließ sich der neue amerikanische Verteidigungsminister Bob Gates – er hat übrigens einmal eine Doktorarbeit über russische und sowjetische Geschichte geschrieben – in seiner gelassenen und zugleich überzeugend-eindrucksvollen Rede kaum ein: „Ein Kalter Krieg war mehr als genug.“ Die Amerikaner, so schien es, wollten nicht über Russland reden, sondern über Afghanistan und darüber, wie die Nato und vor allem die Europäer dort mehr tun könnten.

Den bemerkenswertesten Kontrast zu Putins machtpolitischem Pochen auf

Gleichgewicht setzte Bundeskanzlerin Angela Merkels mit ihrem Plädoyer für multilaterale Zusammenarbeit und gemeinsame, globale Verantwortung: „Wir rücken zusammen. Wir gehen die Dinge gemeinsam an. Wir geben kohärente, gemeinsame Signale, und wir zahnern dies mit den Aktivitäten vor Ort.“ Merkel warb regelrecht um Moskau: „Gemeinsam mit Russland können wir viel bewegen und viel erreichen. In einem Punkt allerdings war die Kanzlerin unerbittlich: „Wir sind entschlossen, eine Bedrohung durch ein militärisches Nuklearprogramm des Iran zu verhindern.“ Teheran müsse die Uno-Resolution „ohne Tricks und ohne Wenn und Aber“ erfüllen. Andernfalls drohten Sanktionen und Isolation.

„Wir wollen nicht, dass Sie sich Sorgen machen“, beteuerte darauf der iranische Chef-Atomunterhändler Ali Laridschani. Teheran habe nur darum das nukleare Know-how selbst erwerben müssen, weil der Westen Lieferzusagen aus Schahzeiten nicht eingehalten habe. Auch jetzt ginge es nur um Forschung und Entwicklung. Laridschani, sichtbar um Konzilianz bemüht, warf der Konferenz sogar ein paar kleine Knochen hin: Innerhalb von drei Wochen wolle Teheran offene Fragen der Internationalen Atomenergiebehörde klären. Wenn es Garantien für die Lieferung nuklearen Brennstoffs gäbe, dann sei gegen den Vorschlag, Uran auf russischem Boden anzureichern „nichts einzuwenden.“ Nur doppelzünftig klang dagegen seine Behauptung, der Iran „sei Opfer von Terrorismus“. Teheran ist wichtigster Geld- und Waffengeber für Hisbollah und Hamas. Noch weniger vertrauenerweckend war dann seine Einladung zur Diskussion: „Fragen über die Suspendierung unseres Programms zur Urananreicherung, zum Holocaust und zu Israel werde ich nicht beantworten.“ Was ihn dann nicht hinderte, den Holocaust als „offene Frage“ zu bezeichnen. Laridschani's Äußerung sei „gänzlich unakzeptabel“, so später der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss: „Vertrauen, das habe ich heute nicht bekommen.“ US-Senator Lindsay Graham empfahl Laridschani einen historischen Abstecker: „Wenn Sie Zweifel am Holocaust haben, besuchen Sie das Konzentrationslager Dachau. Bitte gehen Sie es besuchen. Es ist nicht weit entfernt.“ ■

Terrorvorsorge ohne Bundeswehr?



Richard A. Teltschik

Die direkten Terrorrohungen der Entführer aus dem Irak gegen Deutschland und Österreich und das Auffinden von Kofferbomben in deutschen Zügen haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf die innere Sicherheit gelenkt. Zwar kam es bisher auf deutschem Boden nicht zu einem gravierenden Anschlag, aber es wird zunehmend deutlich, daß es sich bei den Ankündigungen des militanten Islamismus nicht um eine „abstrakte Gefahr“, sondern um eine konkrete Bedrohung handelt.

Mit den Drohungen bewahrheitet sich die Vorhersage, daß die Übernahme von Verantwortung für die internationale Sicherheit auch zu Bedrohungen im Inneren führen kann. Die Strategie der al-Qaida, politisch vermeintlich schwache bzw. verwundbare Länder zu bedrohen oder anzugreifen und aus einer Koalition herauszulösen, darf nicht aufgehen. Dies könnte die gesamte Operation in Afghanistan und letztendlich den gesamten Kampf gegen den Terrorismus gefährden.

Die große Bandbreite der möglichen Terrorszenarien, die etwa in Studien des amerikanischen Heimatschutzministeriums und im Rahmen des SENTRE-Forschungsprojektes der EU erarbeitet wurden, zeigt eines deutlich: Derartige Angriffe würden die heutigen Strukturen des Katastrophenschutzes auf Länder-, Regierungsbezirks- und Kreisebene überfordern und eine überregionale, bundesweite Koordination erfordern. Um im Ernstfall zu funktionieren, müssen derartige Strukturen vor dem Eintritt einer Katastrophe aufgebaut werden, um das Zusammenwirken der vielen beteiligten Behörden und Institutionen planen und üben zu können.

Um die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands zu garantieren, muß der Schutz der deutschen Bevölkerung, der staatlichen Institutionen und der Kritischen Infrastrukturen und die Verfügbarkeit lebensnotwendiger Ressourcen sichergestellt werden. Dabei ist nicht nur der Staat in der Pflicht, sondern z.B. auch Betreiber kritischer Infrastrukturen, deren meist europaweite Netze und Standorte in vielen Fällen verwundbar bleiben.

Gerade auf sogenannte Kaskadeneffekte, also Auswirkungen eines lokalen Ausfalls auf nationale und internationale Netze, ist die Industrie unzureichend vorbereitet. Dies zeigte sich etwa im Falle des europaweiten Stromausfalls nach Abschaltung einer Hochspannungsleitung im Emsland im November 2006.

Da die Bedrohung, wie bisherige Anschläge und bekannt gewordene Pläne anzeigen, umfassend ist und Risiken, Eintrittswahrscheinlichkeiten und Angriffsmethoden schwer kalkulierbar bleiben, ist es sinnvoll, ein Spektrum an Fähigkeiten vorzuhalten, um auf bestimmte Kategorien von Angriffen vorbereitet zu sein. Auf welche konkreten Gefahren ein Staat vorbereitet sein will, muß politisch abgewogen und beschlossen werden.

Wie immer die politischen Parteien auch darüber denken – sollte es zu einem Angriff mit katastrophalen Folgen kommen, wird von der Bundeswehr verlangt werden, mit allen verfügbaren Mitteln zu helfen. Gäbe es die Möglichkeit, einen Angriff etwa durch ein entführtes Flugzeug oder ein Schiff mit Gefahrgut durch militärische Mittel abzuwenden, so ist schwer vorstellbar, daß dies nicht angeordnet würde.

Daß sich die dann mit der Durchführung Beauftragten Rechtssicherheit wünschen, ist verständlich. Dafür ist das deutsche Parlament als Gesetzgeber verantwortlich, der sich nicht auf einzelne Szenarien konzentrieren sollte. Es genügt, Verantwortlichkeiten festzulegen und angemessene Einsatzmittel freizugeben.

Unverantwortlich wäre es jedoch, Planungen, Vorbereitungen und Übungen der Bundeswehr für die Reaktion auf derartige Szenarien, die sich schon in den Köpfen internationaler Terroristen abspielen, unter dem Vorwand zu verhindern, dies seien Polizeiaufgaben und der Staat solle nicht übermächtig werden. Wenn Deutschland von innen statt von außen angegriffen wird und die Angriffsmittel die Möglichkeiten der Polizei überfordern, so müssen die Kräfte eingesetzt werden können, die per definitionem für die Landesverteidigung zuständig sind und über die notwendigen Fähigkeiten verfügen, nämlich die Bundeswehr.

Doch nur wenn in einem Krisenfall zivile und militärische Sicherheits- und Rettungskräfte reibungslos zusammen-

arbeiten, können die Auswirkungen von Katastrophen, seien sie natürlichen oder menschlichen Ursprungs, schnellstmöglich eingedämmt werden. Dabei gilt es, Kaskadeneffekte auf andere Infrastrukturen oder die geographische Ausweitung der Störungen zu verhindern und den Status quo ante wieder herzustellen. Der Kreis der Akteure, die dabei mitwirken müssen, ist nicht auf staatliche Organisationen wie die zivilen Behörden und Organisationen mit Rettungs- und Sicherheitsaufgaben (BOS) und das Militär beschränkt, sondern sollte auch die private Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen einschließen. Staatliche Ressourcen reichen in vielen Szenarien nicht aus, bzw. können nicht in ausreichenden Mengen bevorratet werden. Auch dies sollte von Seiten des Staates präventiv durchdacht und mit den Beteiligten diskutiert und organisiert werden.

Die Bundeswehr kann bei der Krisenbewältigung auf Fähigkeiten zurückgreifen, die sie in ganz besonderer Form für derartige Szenarien qualifiziert und unverzichtbar macht. Sie verfügt heute zum Beispiel alleinig über sichere, von öffentlichen Netzen unabhängige Kommunikations- und Führungsmittel, die noch nach einem Zusammenbruch der öffentlichen Stromversorgung oder der Mobilfunknetze einsatzfähig bleiben. Außerdem besitzt sie Aufklärungsmittel und Analysefähigkeiten, die ein Lagebild ermöglichen, das die zivilen Behörden erst zu einem geordneten, effizienten Vorgehen befähigt.

Bundeswehrkräfte sind zudem durchhaltefähig, da sie über eigene Logistik und Möglichkeiten der Selbstversorgung verfügen. Sie sind zu Lande, Wasser und Luft mit einer Vielzahl von Fahrzeugen mobil und können sowohl Personen als auch Material bewegen, auch wenn öffentliche Transportwege blockiert oder beschädigt sind.

Nur die Bundeswehr verfügt außerdem über die geeignete Sensorik und Ausrüstung, um ABC-Stoffe aufzuspüren, Gebiete zu kennzeichnen und zu sichern und Personen und Material zu dekontaminieren bzw. über mobile oder stationäre Sanitätseinrichtungen zu versorgen. Bundeswehrsoldaten können unter Schutz in kontaminierten Gebieten arbei-

Fortsetzung auf Seite 10

Auf dem Balkan schließt sich der Kreis



Markus Ferber

Es ist wieder der Balkan, der Europas Außenpolitik beschäftigt. Die Balkankriege der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben den entscheidenden Impuls für die Entwicklung der Außenpolitik der Europäischen Union geliefert. Jetzt stehen neue Herausforderungen an: Zum einen die Entscheidung über den künftigen Status des Kosovo. Zudem hat die Europäische Union ein Interesse an der weiteren Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas, und muss darauf achten, dass sich an ihrem Engagement auf dem Balkan nicht neues Konfliktpotential mit Russland entzündet.

Zunächst das **Kosovo**: Noch steht die formal weiterhin zu Serbien gehörende Provinz unter der Verwaltung der UN-geführten UNMIK-Administration. Daran hat sich seit der 1999 angenommenen Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nichts geändert. Nachdem bei den Verhandlungen in Wien unter Aufsicht des UN-Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari keine Einigung zwischen Serbien und Vertretern des Kosovo erreicht werden konnte, liegt der Ball nun beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dort allerdings verfügt Russland über ein Veto, und es ist fraglich, ob es einer Unabhängigkeit des Kosovo zustimmen würde.

Ein Konflikt über das Kosovo würde natürlich das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland belasten. Dabei bleibt abzuwarten, wie stark das Interesse Russlands am Kosovo wirklich ist – und ob der russische Präsident Putin die Kosovo-Frage nicht als Verhandlungspfand benutzen möchte, um sich größeren außenpolitischen Spielraum zu verschaffen. Auf der anderen Seite könnte Kosovo aus russischer Sicht auch das Lehrstück werden, um die (vermeintlichen) Pläne der USA zu durchkreuzen, die internationalen Kräfteverhältnisse auch in Südosteuropa neu zu mischen.

Beim Kosovo geht es also um mehr als „nur“ die Frage nach dem künftigen Status. Zugleich bereitet sich die Europäische Union auf eine Zivilmission im Kosovo vor. Nach den Worten des Hohen Beauftragten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, handelt es sich bei dem wahrscheinlichen Eingreifen um die bisher größte Mission der GASP bzw. der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Die Vorbereitungen dazu laufen zweigleisig. Ein Team aus EU-Fachleuten bereitet den Aufbau eines internationalen Hauptquartiers in der Hauptstadt Prishtina vor, im englischen Fachjargon „International Civilian Office“ (ICO) genannt. Das ICO soll die Übernahme der Zuständigkeit von der UN-Übergangsbehörde UNMIK durch die Behörden des Kosovo vorbereiten. Dazu soll das ICO rund 70 Mitarbeiter vor allem vor Ort haben.

In einem parallel laufenden Schritt bereitet sich die Europäische Union auf die Vorbereitung einer Mission im Rahmen der ESVP vor. Dazu wurde ein Planungsteam ins Leben gerufen (European Union Planning Team for Kosovo – EUPT), das eine Zivilmission mit bis zu 1500 Mitarbeitern vorbereiten soll, darunter Polizeibeamte, Richter und Mitarbeiter von Zollbehörden. Sie sollen die lokalen Behörden unterstützen und beraten und beim Aufbau geeigneter Verwaltungsstrukturen helfen.

Kosovo ist aber nicht die einzige Baustelle, mit der sich die Europäische Union befassen muss. Auch **Bosnien-Herzegowina** bereitet Kopfzerbrechen. In einer Resolution hat das Europäische Parlament eine konsequente Fortsetzung des Reformkurses angemahnt. So habe es seit Anfang des Jahres zwar Fortschritte bei der Einsetzung einer funktionierenden Regierung und eines arbeitsfähigen Parlaments gegeben. Die Reduzierung der EUFOR-Truppen ist zudem ein Hinweis auf eine stabile Sicherheitslage. Zu den nach wie vor

bestehenden Problemen gehören aber die Umsetzung der Polizeireform und die längst fällige Verfassungsreform, um die Machtbefugnisse des Gesamtstaats zu stärken. Um Bosnien-Herzegowina zu einem funktionierenden Gesamtstaat zu machen, müssen alle Nationalitäten Verantwortung übernehmen.

Die Geister des Nationalismus sind also bei weitem noch nicht vertrieben. Dennoch illustrieren Bosnien-Herzegowina und das Kosovo die Entwicklung der Europäischen Außenpolitik. Europas Außenpolitik mit den Bezugsrahmen GASP und ESVP ist zum großen Teil in Reaktion auf die Balkankriege entstanden. Nach dem Friedensschluss von Dayton 1995 und der NATO-Mission in Kosovo 1999 verfügt die Europäische Union durchaus über die Fähigkeit, anspruchsvolle Missionen durchzuführen, die im Grenzbereich zwischen militärischem Eingreifen, Polizeieinsatz und ziviler Aufbauhilfe angesiedelt sind.

Ein stabiles Kosovo ist der Schlüssel für ein stabiles Serbien, und mithin von Bedeutung für den gesamten westlichen Balkan. Das Europäische Engagement ist deshalb notwendig, nicht zuletzt weil die Staaten des Westbalkans mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien von EU-Mitgliedern umgeben sind. Es ist deshalb von größtem Interesse für die Europäische Union, Spannungen zu entschärfen und auf eine dauerhafte Lösung hinzuarbeiten.

Dabei zeigt das Konfliktpotential mit Russland – gerade in der Kosovo-Frage –, mit welchen komplexen Faktoren die EU-Außenpolitik arbeiten muss. Weder GASP noch ESVP sind am Ende ihrer Entwicklung angelangt. Um eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten, müssen diese beiden Elemente noch stärker zusammengeschmiedet und mit der Außenpolitik der Mitgliedstaaten verzahnt werden. Den Weg zeigt der Verfassungsvertrag, unter anderem mit der Position eines EU-Außenministers. Noch einmal könnte der Balkan Impulse zur Fortentwicklung von GASP und ESVP liefern. Damit schließt sich der Kreis. ■

Fortsetzung von Seite 9

ten und die öffentliche Sicherheit und Ordnung etwa durch Feldjäger sicherstellen. Sie verfügen über Pionierkräfte, die das Technische Hilfswerk unterstüt-

zen können und die – im Gegensatz zu THW-Einsatzkräften – auch in kontaminierten Gebieten arbeiten können.

Obwohl Soldaten als Meister der Improvisation bekannt sind und dies etwa

bei der Oderflut auch im Einsatz bewiesen haben, macht es Sinn, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit zivilen Kräften vor dem Ernstfall technisch, organisatorisch und personell sicherzustellen. ■

MILAN ADT/ER – ein neues System für neue Herausforderungen

Die Anforderungen an die Soldaten des Heeres und an ihre Ausrüstung haben sich durch die Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in den unterschiedlichen Krisengebieten erweitert. Militärische Handlungen und der Einsatz von Streitkräften sind heute von asymmetrischer Kriegsführung, Kampf im bebauten Gelände (Military Operation in Urban Terrain/MOUT) und von unübersichtlichen Gefechtslagen geprägt, bei denen es sehr schwer ist, einen angreifenden Gegner zu lokalisieren und erfolgreich abzuwehren.

Die Militäroperationen im Libanon und im Irak sind eindrucksvolle Beispiele für den Trend zum Nahkampf Auge in Auge: Eine Situation, die schnelles Bewegen und schnelle Reaktion erfordern. Panzerabwehrtruppen haben im Libanon und Irak einige überraschende Erfolge gegen gepanzerte Streitkräfte verzeichnet. Die von den konventionellen Streitkräften verwendeten Panzerabwehrsysteme aus russischer Produktion waren halbaktive Lenksysteme (SALCOS – Semi-Automatic Command to Line Of Sight) mit horizontalem Direktangriff und „Man-in-the-Loop“ (MITL)-Prinzip. Der Schütze muss dazu lediglich – während der Lenkflugkörper fliegt – auf einen sichtbaren Gegenstand am Ziel deuten. Dieses Lenkverfahren verwendet auch das deutsch-französische Waffensystem Milan, das in 42 Ländern eingeführt wurde und sich in zahlreichen Konflikten bewährt hat.

Milan wird zur Zeit von MBDA zur Milan ADT/ER weiterentwickelt, um den neuen Herausforderungen und Kundenwünschen noch besser gerecht zu werden. Die Waffenanlage Milan ADT der LFK/MBDA Deutschland wurde bereits für Milan 3 qualifiziert. Die Qualifikation des in Frankreich entwickelten Flugkörpers Milan ER mit der neuen Waffenanlage soll bis 2008 durch die französische Beschaffungsbehörde DGA vollzogen werden. Milan ADT/ER wird zur Panzerabwehr ebenso wirksam wie zur Bekämpfung von Sekundärzielen mit geringer oder ohne IR-Signatur wie zum Beispiel Bunker, Feldbefestigungen, Brücken eingesetzt werden können. Diese müssen vor Abschuss eindeutig identifiziert worden sein. Das neue deutsch-französische System Milan ADT/ER wird solchen Anforderungen (sog. MOUT-

Szenarien) in besonderer Weise gerecht. Die Fähigkeit, ein sehr breites Zielspektrum bekämpfen sowie weite Gebiete mit Hilfe der optischen Sensorik überwachen zu können, zeichnet das Waffensystem aus. Anstelle der optischen Tagsicht (Fernrohr) kann in die Waffenanlage auch eine voll digitalisierte TV-Kamera integriert werden. Außerdem ist ein leistungsfähiges Wärmebildgerät mit maximaler Identifikationsreichweite integraler Bestandteil der Waffenanlage. Milan ADT/ER ist störsicher, bietet dem Schützen eine erweiterte Kampferweiterung von 3000 m, ist mit einem SACLOS-Lenkverfahren in der Lage, mit höchster Genauigkeit punktgenau alle auftretenden Ziele zu bekämpfen, ermöglicht den Zielwechsel und erlaubt es dem Schützen, bis zum Auftreffen den Flugkörper zu lenken. Mit dem Flugkörper Milan ER – er verfügt über einen neuen Gefechtskopf und eine höhere Reichweite – ist es möglich über 1000 mm Panzerstahl zu durchschlagen. In Duellsituationen ist das Waffensystem im Vergleich zu Infrarot-Systemen in der Lage, sofort nach Zielidentifizierung ohne Zeitverlust (keine Kühlung des Suchkopfes erforderlich) zu schießen.

Um für die neuen Herausforderungen angemessen ausgestattet zu sein, benötigen moderne Streitkräfte neben bestmöglichen Schutz auch entsprechende Wirkmittel. Wirkung verlangt nach Schnelligkeit und Präzision, auch um Schäden zu minimieren. Das sind keine neuen Forderungen, aber sie sind heute höher zu priorisieren als früher. Verluste im Einsatz, die wegen Ausrüstungslücken entstehen, sind moralisch, militärisch und politisch nur schwer verantwortbar. Ziel muss es deshalb sein, den Soldaten in den Einsätzen die bestmögliche Ausrüstung unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Mit der Milan ADT/ER wird den Streitkräften ein hochwertiges auf die neuen Gefechtslagen zugeschnittenes Waffensystem von MBDA/LFK angeboten.

Südafrika hat sich bereits nach intensiven Studien für die Milan ADT-Waffenanlagen, die mit allen bisherigen Milan-Flugkörpern und mit dem künftigen Lenkflugkörper Milan ER voll kompatibel ist, entschieden. Südafrika ist damit der erste Exportkunde für die mit dem

künftigen Lenkflugkörper Milan ER kompatible Milan ADT-Waffenanlage. Die für die Landstreitkräfte in Auftrag gegebenen Waffensysteme sind für die südafrikanische Infanterie, die gegenwärtig in der Demokratischen Republik Kongo und in Burundi stationiert ist, sowie für Spezialeinheiten bestimmt. Erste Lieferungen sind für Anfang November 2007 geplant. Die Gesamtlieferung soll im ersten Quartal 2008 abgeschlossen sein. Die Indienstellung der Waffenanlagen ist bereits ab dem Jahresende 2007 vorgesehen.

Die gesamte Wertschöpfungskette für Milan ADT wird über die Euromissile GmbH in Deutschland realisiert. Das Milan ADT-System basiert auf Komponenten, entwickelt bei mittelständischen Unternehmen wie AIM, JENOPTIK und LINOS.

Impressum

Politik & Sicherheit erscheint 3x pro Jahr, Abgabe kostenlos.

Herausgeber:

Dr. jur. Dipl. rer. pol. Gerd Hardewig
(v.i.S.d.P.)
81543 München, Oertlinweg 9
e-Mail g.hardewig@t-online.de

Stefan Niedermeier, Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP)
83115 Neubeuern, Brunnsteinstraße 14

Internet:

bisher: www.wehrpolitik.net
neu: www.politik-und-sicherheit.de

Redaktion:

Dr. Gerd Hardewig (Chefredakteur)
Stefan Niedermeier
Dr. phil. Alexander Röhreke
Dipl.-Ing. (FH) Jochen Weder
Dr. rer. pol. Ludwig Weigl
Dr. jur. Norbert Zielinski

Druck: Häring Formulare Offsetdruck
Auweg 102, 85375 Neufahrn
Tel. 08165/64 68 59, Fax 08165/64 69 46
e-Mail: nachbar@haering-druck.de
www.haering-druck.de

Die Beiträge in dieser Zeitschrift geben die Meinung des Verfassers, nicht aber unbedingt die der Redaktion oder der CSU wieder.

Redaktionsschluss: 20. März 2007